

Endlich kommt die Mietpreisbremse!

Von Daniel Campolieti

Hundertausende von Mieterinnen und Mietern werden von den neuen Regelungen profitieren,“ so Ute Vogt, die Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordnete, im März nach dem Beschluss im Bundestag. Die Mietpreisbremse wird dazu beitragen, dass mit Mietsteigerungen von mehr als 30 oder 40 Prozent Schluss ist. Bei der Wiedervermietung einer Wohnung darf der Vermieter nur noch höchstens die ortsübliche Vergleichsmiete (Mietspiegel) zuzüglich 10% fordern.

Das Gesetz begegnet im Wortlaut einem der drängenden Probleme auf dem derzeitigen Mietwohnungsmarkt. In prosperierenden Städten wie Stuttgart steigen die Mieten bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen derzeit stark an und liegen teilweise in erheblichem Maß über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Diese Entwicklung auf angespannten Wohnungsmärkten hat vielfältige Ursachen. Sie führt dazu, dass vor allem einkommensschwächere Haushalte, aber inzwischen auch Durchschnittsverdiener zunehmend größere Schwierigkeiten haben, in den betroffenen Gebieten eine für sie noch bezahlbare Wohnung zu finden. Erhebliche Teile der angestammten Wohnbevölkerung werden aus ihren Wohnquartieren verdrängt. Dieser Begriff nennt sich in

der Fachsprache Gentrifizierung. Auch in Stuttgart ist diese Entwicklung zu beobachten, insbesondere in den Innenstadtbereichen wie Stuttgart-Nord. „Die SPD Stuttgart begrüßt ausdrücklich die Mietpreisbremse. Stuttgart ist für alle Menschen da und die Mietpreisbremse ist eine hervorragende Maßnahme, den exorbitanten Mietpreissteigerungen zu entgegnen“ so Daniel Campolieti, stv. Vorsitzender der SPD Stuttgart.

Wie geht es nun konkret weiter? Die Landesregierungen wurden vom Bund ermächtigt, die Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten auszuweisen. Das Baden-Württembergische Wirtschafts- und Finanzministerium unter Leitung von Nils Schmid hat die sogenannte Gebietskulisse bereits ermittelt. Sie ist Grundlage für die Rechtsverordnung, die vom Ministerium erlassen wird. In der ermittelten Gebietskulisse wird ausgewiesen, dass Stuttgart einen angespannten Wohnungsmarkt besitzt. Nun werden in einem formalen Verfahren noch die Gemeinden über die Sommerpause angehört. Im Herbst soll dann die Rechtsverordnung final beschlossen werden, so dass die Mietpreisbremse endlich gilt. Gottfried Schmitt abschließend: „Dies ist ein großer Erfolg für die SPD, aber vor allem eine echte Entlastung für die Menschen.“

SPD am Nachmittag

Am 16.9.1977 wurde damals die „SPD am Nachmittag“ im Schönblick gegründet. Der „Schönblick“ war die Restauration unter dem Turm des Friedrich Ebert Baus. Die ersten Organisatoren der Ausflüge, Besichtigungen und Treffen der Älteren im Stuttgarter Norden, auf Einladung der SPD, waren Inge Hörner und Elke Hussendörfer. Ab 1981 haben für viele Jahre Lore Alt und Renate Kurz die „SPD am Nachmittag“ geführt. Bereits auch wieder seit 10 Jahren wird, gemeinsam mit der Nachbarschaft etwas zu unternehmen, nun von Erika Dolde

und Familie Kneissel für Mitglieder und Nichtmitglieder angeboten.

Das Bild zeigt Jörg Kurz mit der Gruppe bei einer von ihm geführten Besichtigung des Pragfriedhofs.

Der Ortsverein bedankt sich für die darin steckende Arbeit bei den Organisatoren, immer eine schöne Veranstaltung, und vorwärts zum 40 jährigen Jubiläum, weit ist es nicht mehr hin.

Peter Steinhilber



SPD Stuttgart Nord/Prag

Der Stuttgarter Gleisbogen – neue Ideen statt Tabula rasa!

Auch wenn die Arbeiten an Stuttgart 21 im Stadtteil weder zu übersehen noch zu überhören sind, ist in vielen Bereichen noch offen, wie die Stadt zwischen Nordbahnhof und Schlossgarten in acht, zehn oder zwölf Jahren einmal aussehen soll. Das gilt insbesondere für die Bahnanlagen. Der Abstellbahnhof

in Hochlagen spannende Angebote an die Bevölkerung entstanden: Radwege, Bocciabahnen, Aussichtspunkte...

Kürzlich hat der Infoladen diese Konzepte beim SPD-Ortsverein Nord/Prag noch einmal präsentiert. Alle waren sich einig: Ein schneller Abriss der Bahnanla-



soll überbaut werden, das scheint klar. Die DB hat sich im Vertrag mit der Stadt Stuttgart aber verpflichtet, auch alle anderen Bahnanlagen abzuräumen und das Gelände sozusagen besenrein an die Stadt zu übergeben. Doch ist das wirklich der Weisheit letzter Schluss? Damit würden auch stadtbildprägende Bauten wie das Gäubahnviadukt über die Nordbahnhofstraße und über die drei „Hexenhäuschen“ an der Ecke zur Rosensteinstraße verschwinden. Auch das „Gleisgebirge“, die Überwerfungsbauwerke, die dafür sorgen, dass die Züge vom Abstellbahnhof, aus Richtung Cannstatt und von Norden einander nicht in die Quere kommen, würde dann platt gemacht. Diese Bauwerke waren vor 100 Jahren bei ihrer Errichtung eine technische Sensation, stehen unter Denkmalschutz und haben dafür gesorgt, dass der Stuttgarter Hauptbahnhof (zumindest bis 2010) als der leistungsfähigste Kopfbahnhof Deutschlands galt. Dem Infoladen gebührt das Verdienst, auf diese technikgeschichtlichen Schmuckstücke hingewiesen zu haben; schon 2013 zeigte er in einer Ausstellung, was für städtebauliche Entwicklungschancen in nicht mehr genutzten Bahnarealen stecken. In manchen Städten wie Paris und New York sind auch auf Gleiskörpern

gen muss erst einmal verhindert werden. Wir brauchen eine ergebnisoffene Diskussion, ob und wie die Gleisgebirge in ein attraktives neues Stadtquartier einbezogen werden können. Die Trennwirkung der Bahnanlagen soll natürlich aufgehoben werden, aber das ginge ja vielleicht auch, wenn man den Bahndamm abträgt und die darunter versteckten Viaduktbögen der Überwerfungsbauwerke offenlegt. (Vom Nordbahnhof bis zur neuen Station Mittnachtstraße bleibt ja ohnehin die S-Bahn-Strecke oberirdisch bestehen.) Stuttgart hat die Chance, aus einzigartigen, bisher weitgehend versteckten technischen Bauwerken neue stadtbildprägende Anlagen zu schaffen – diese Chancen sollten wir nutzen!

Impressum

Herausgeber:

SPD Ortsverein Nord/Prag
Gottfried Schmitt

Redaktion:

Peter Steinhilber, Sebastian Sage und
Gottfried Schmitt

Fotos: Bettina Bunk

Herstellung:

Mediendesign Jörg Munder

Druck: UWS Papier & Druck GmbH

Größer als man denkt: Die Kreativwirtschaft in Stuttgart und Baden-Württemberg

Wie soll es mit den Wagenhallen auf dem Nordbahnhofgelände weitergehen? Die Diskussionen um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Veranstaltungsbetrieb und den verschiedenen Künstlern lenken den Blick auf die Situation der sogenannten Kreativwirtschaft in Stuttgart. Sind das nur ein paar Exoten? Muss sich die Politik darum kümmern oder gedeihen sie am besten, wenn man sie in Ruhe lässt?

Warum eigentlich Kreativ und Wirtschaft und was ist das überhaupt?

Zum Kunstbegriff der sog. Kultur- und Kreativwirtschaft zählen 11 Teilbranchen: Buch- und Kunstmarkt, Film- und Rundfunkwirtschaft, Markt für darstellende Künste, Designwirtschaft, Architektur- und Pressemarkt sowie Werbemarkt und Software-/Games-Industrie.

In diesen Branchen arbeiten etwa 230.000 Beschäftigte und Selbständige

schon jetzt sichtbar. Was meistens leider nicht honoriert wird. Viel zu häufig werden z. B. Leistungen im Vorfeld von Auftragsvergaben umsonst abgefragt, auch durch die öffentliche Hand. Mindeststandards und faire Honorare sind damit auch eine Frage des solidarischen Miteinanders. Hier können wir z. B. im Rahmen der Wirtschaftsförderung wichtige Impulse setzen. Und Entwurfs- und Konzeptionsleistungen müssen vergütet werden. Dafür will ich mich stark machen.

Bezahlbarer Raum zum Leben, Wohnen und Arbeiten

Die Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger sehen ihre Stadt geprägt von Kultur und Wirtschaft. Das ist gut und macht Stuttgart stark und zukunftsfähig. Denn Kultur ist der Kitt, der unsere Stadtgesellschaft zusammenhält. Damit die Stadtgesellschaft vielfältig sein kann, braucht es aber auch kommerziell entlastete Räume. Gerade kleine kreative Betriebseinheiten können die hochpreisigen Grundstücks- und Mietpreise nicht bedienen. „Kulturschutzgebiete“ oder „Stadt Schutzgebiete“ sowie die gezielte Förderung bezahlbarer Räume sind notwendig. Dafür will ich mich einsetzen.

Für die Kreativwirtschaft

Ich bin davon überzeugt, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft Stuttgart und unserem Land weiter Profil geben kann, uns wettbewerbsfähig macht und uns Antworten auf die Fragen der Zukunft gibt. Kreativität ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts und der einzige Rohstoff, der sich bei Gebrauch vermehrt. Das will ich mit meiner Kandidatur unterstützen und deshalb um Stimmen in der Kreativwirtschaft und für die Kreativwirtschaft werben.

*Stefanie Brum
Landtagskandidatin der SPD für den
Wahlkreis Stuttgart 1
Fachanwältin für Urheber- und Medienrecht
Lehrbeauftragte
Mutter einer neunjährigen Tochter
45 Jahre alt und aus Stuttgart West*

Medienkompetenz und Ausbildung

Die Digitalisierung unserer Lebens- und Arbeitswelt nimmt rasant zu. Das ist einerseits großartig, da viele Prozesse vereinfacht werden. Wir haben Zugang zu zahlreichen Informationen, was Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am demokratischen Miteinander ermöglicht. Aber die Menge an Daten will auch sortiert und bewertet werden. Um sowohl Zugang als auch Umgang mit Informationen jeder und jedem zu ermöglichen, braucht es Medienkompetenz in allen Bevölkerungsgruppen. Für alt und jung, damit niemand auf der Strecke bleibt. Der Umgang mit neuen Medien ist heute genauso wichtig wie Lesen und Schreiben – und damit ein notwendiges Querschnittsfach. Das gilt es gezielt auszubauen und zu fördern.

Die Demokratisierung unserer Betriebsmittel hat auch dazu geführt, dass zunehmend Menschen selbstständig arbeiten. Das notwendige Grundlagenwissen über Finanzorganisation, Betriebswirtschaft und Recht gilt es deshalb schon in der Ausbildung vertieft zu vermitteln. Als Lehrbeauftragte weiß ich darum und möchte das vorantreiben.

im Land, welche 2014 ein Umsatzvolumen von etwa 24 Milliarden Euro erwirtschaftet haben, allein in Baden-Württemberg. Die Wachstumsrate liegt aktuell bei 3,3 %. Stuttgart bildet den Schwerpunkt.

Die Kreativwirtschaft ist damit längst keine Randerscheinung mehr, sondern eine wichtige Wirtschaftskraft in unserem Land.

Arbeit in der Kreativwirtschaft

Die Kreativwirtschaft ist oft kleinteilig organisiert und durch einen hohen Anteil von Soloselbstständigen geprägt. Die Menschen unterliegen oft schwierigen Wettbewerbsbedingungen und sind einem hohen Maß an Selbstausbeutung ausgesetzt. Mangelnde Anerkennung geistigen Eigentums erschweren zusätzlich ein gesichertes Auskommen.

Andererseits geben die Kultur- und Kreativschaffenden uns mit ihrer fantasievollen Arbeit wichtige Impulse für unser gesellschaftliches Zusammenleben. Die Kreativwirtschaft ist Zukunftslabor und Avantgarde zugleich und kann Antworten auf die Frage geben, wie wir die Herausforderungen unserer Zeit meistern können. Denn zukünftige Entwicklungen werden wie in einem Vergrößerungsglas

Herzliche Einladung zum Stadtteilspariengang durch das Nordbahnhofviertel

Mit:

- Stefanie Brum, Landtagskandidatin der SPD
- Susanne Kletzin, SPD-Gemeinderätin (angefragt)
- Vertretern der SPD-Fraktion im Bezirksbeirat Stuttgart-Nord

Wir treffen uns am **Samstag, den 3. Oktober 2015 um 14 Uhr** an der Stadtbahnhaltestelle Pragfriedhof in der Friedhofstraße.

Themen:

- Der neue Nahverkehrsplan – Forderungen für Stuttgart-Nord
- Programm „Soziale Stadt“ für das Nordbahnhofviertel – eine Antwort auf den Weiterverkauf der LBBW-Wohnungen?
- S 21 und Bauleistungen – warum sieht sich die Stadt nicht als Anwalt ihrer Bürger?
- Der Stuttgarter Gleisbogen – alte Bahnanlagen sind oft zu schön zum Abreißen
- Die Zukunft der Wagenhallen – entscheidend nicht nur für die Kreativwirtschaft, sondern für das ganze künftige Stadtviertel im Inneren Nordbahnhof

Abschluss an den Wagenhallen mit Diskussion.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!
SPD-Ortsverein Stuttgart-Nord/Prag



Künstlerateliers an den Wagenhallen

Unsere Anträge zur Stadtentwicklung Stuttgart Nord

Antrag

Wagenhallen

Bei der Ertüchtigung der „Wagenhallen“ im Stuttgarter Norden müssen aus Sicht des Stadtbezirks Stuttgart-Nord drei Gesichtspunkte im Vordergrund stehen:

- Das Gebiet des ehemaligen Äußeren Güterbahnhofs muss zu einem größtmöglichen Teil ein gemischtes Wohngebiet werden.
- Nach der Zusammenballung von nun fünf Berufsschulen (Werner-Siemens, Hedwig-Dohm, Alexander-Fleming, Steinbeis, Kaufmännische Schule Nord) und daneben der Neckarreal-schule braucht der Stadtbezirk keine weitere Berufsschule, die abends und am Wochenende menschenleer verwaist.
- Die Unterbringung des fehlenden Bürgerhauses Stuttgart-Nord in den Wagenhallen ist zu prüfen.

Begründung

Wir entnehmen der Presse, dass um die Wagenhallen im Stuttgarter Norden ein Zielkonflikt zwischen den dort arbeitenden Künstlern und dem dort installierten Veranstaltungsbetrieb entstanden ist. Aus Brandschutzgründen können im jetzigen Zustand die Ateliers der Künstler nicht genutzt werden, während gleichzeitig eine Veranstaltung im Veranstaltungsbetrieb stattfindet.

Der Zielkonflikt wird zugunsten des Veranstaltungsbetriebs zugespitzt, wenn die Landeshauptstadt Stuttgart wie angekündigt den Veranstaltungsteil mit einem Aufwand von 30 Mio € zu dem in Stuttgart fehlenden Saal für Musikveranstaltungen mit 2.500 Teilnehmern umbaut.

Dieser Veranstaltungsbetrieb mit 2.500 Personen bedingt ein Schallschutzkonzept,

das keinen unmittelbar angrenzenden Wohnungsbau zulässt. Zur Lösung dieses Problems wurde vorgeschlagen, eine weitere Berufsschule zwischen Veranstaltungssaal und Wohngebiet zu errichten. Damit würde vom Konzept eines gemischten Wohngebiets nur ein kümmerlich kleiner Rest übrig bleiben.

Dieser Veranstaltungsbetrieb mit 2.500 Personen bedingt ein Schallschutzkonzept und ein Brandschutzkonzept, welche zusammen von den heutigen Wagenhallen nichts übrig lassen würden. Es entstünde ein vollständiger Neubau mit einem Nostalgiefaktor der Wagenhallen wie am Theaterhaus in Feuerbach zu be-sichtigen. Das Ziel der Erhaltung der Wagenhallen ist nicht allein Selbstzweck. Es geht darum, dass das Viertel nach dem Ende der Bahnnutzung nicht einheitlich aus Gebäuden des 21sten Jahrhunderts besteht. Vielmehr soll neben der Mischung der Wohnformen auch eine Mischung von Gebäuden unterschiedlichen Alters das Viertel beleben.

Wenn es darum geht, die Nutzung der Wagenhallen mit dem angestrebten Charakter des Wohnviertels, mit dem Gebäudebestand der Wagenhallen und mit einer geringeren Investitionssumme als 30 Mio € in Einklang zu bringen, treffen sich die Interessen des Stadtbezirks Stuttgart-Nord mit den Interessen der in den Wagenhallen arbeitenden Künstler, die Wagenhallen nicht einseitig zu dem in Stuttgart fehlenden großen Zentrum für Musikveranstaltungen umzubauen.

Sebastian Sage, SPD in Stuttgart-Nord

Interfraktioneller Antrag

Stadtentwicklungsprojekt Rosenstein

Stuttgart, die Region und das Land besitzen eine historische Chance: Die Landeshauptstadt, landschaftlich im beengten Talkessel gelegen, kann ihre Innenstadt und die Parkanlagen um 100 ha erweitern, der trennende Gleisteppich wird beseitigt. Dabei geht es um wichtige Themen, die bei der Entwicklung des neuen Stadtteils Rosenstein von Bedeutung sind. Die Stadt ist Eigentümerin der Flächen und Trägerin der Planungshoheit. Durch diese guten Voraussetzungen kann die Stadt ihre Vorstellungen entfalten und realisieren.

Innerhalb der Stadtgesellschaft gibt es bereits erste Initiativen und Aktivitäten. Ziel muss sein, einen attraktiven, nachhaltigen, ökologischen und sozialge-rechten neuen Stadtteil zu schaffen. Die Stadt will mit der inhaltlichen Vorbereitung durch informelle Beteiligung der BürgerInnen mit der Planung des Geländes

des in diesem Jahr beginnen. Stuttgarter BürgerInnen sollen bei der Gestaltung des Viertels mitwirken. Ziel ist es, ein neues, lebendiges Stadtviertel zu entwerfen. Der Gemeinderat hat Ende Januar den Startschuss zum „Dialog Rosenstein“ gegeben. Darüber hinaus wird zum wiederholten Male auch die Ausrichtung einer internationalen Bauausstellung ins Gespräch gebracht.

- Der Bezirksbeirat Stuttgart-Mitte muss bei den künftigen Aktivitäten der Stadt rechtzeitig und angemessen beteiligt werden.

Daher beantragen wir:

1. Gemeinsame Sitzung der Bezirksbeiräte Mitte und Nord im Herbst 2015, Sachstandsbericht des Amtes für Stadtplanung und Stadterneuerung zu

Antrag an den Bezirksbeirat Stuttgart-Nord

Soziale Stadt

Die Stadt entwickelt ein Städtebauförderungsprogramm nach den Regelungen des Baugesetzbuchs für die „Soziale Stadt“ für das Gebiet Stuttgart-Nord-Prag mit dem Ziel, die soziale und technische Entwicklung des Gebiets zu fördern, mit dem Ziel dass

- für die zukünftig zu entwickelnden Gebiete des Rosensteinviertels ein historischer Wachstumskern und Anknüpfungspunkt erhalten wird, indem die Modernisierungen der Wohnungen und des Wohnumfelds fortgesetzt werden, ohne die Ziele der Erhaltungssatzung aufzugeben.
- der besondere Gebietscharakter gegen Belastungen während der Bauzeit der großen Infrastrukturprojekte verteidigt wird,
- die Folgen der Insellage zwischen Bahnlinien, Bundesstraßen, Friedhof und Infrastrukturbaustellen im Interesse der Bewohner gemindert werden, und der Verbleib der jetzigen Bewohner durch angepasste Wohnformen wie zum Beispiel Alters-WGs unterstützt wird.
- die soziale Infrastruktur der Schulen und Kindergärten ebenso wie die private Infrastruktur der Läden und Gaststätten dem Gebietscharakter entsprechend weiter entwickelt wird.

Begründung

Stuttgart-Nord und insbesondere die Prag droht eine Ansammlung von sozialen und technischen Baustellen zu werden. Stuttgart-Nord ist Wagenhallen, Haus 49, Männerwohnheim, Flüchtlingsaufnahme, Moschee, Skater-Ärger, Parksuchverkehr des Milaneo, Arbeitsamt (samt „Arbeitsstrich“), fünf am Wochen-

ende ausgestorbene Berufsschulen auf einem Haufen, und sämtliche Sozialwohnungen nach SIM in ganz Stuttgart mit dem größten Geburtensegen allein erziehender Mütter in ganz Baden-Württemberg.

Weil das alles so privilegiert ist, kriegt der Norden auch beim Programm Step nur halb so viel Geld wie die anderen Innenstadtbezirke. Die Arbeitslosigkeit ist in Stuttgart fast doppelt so hoch wie sonst in der Region, woran Nord regen Anteil hat. Bei der Neubebauung des Bürgerhospitals soll der SIM-Anteil verdoppelt werden, weil daneben schon über 100 Sozialwohnungen mit halb ex-russischer und halb türkischer Belegung ein Familienzentrum voll beschäftigen. Die Rosensteinschule wird trotz fertigem Neubau nicht kurzfristig als Gemeinschaftsschule entwickelt, die Pragschule auch nicht.

Hier wird durch Stadtplanung Segregation gefördert, als wollte die Stadtplanung das Quartier für die ungehinderte Immobilienverwertung nach der Fertigstellung der Infrastrukturprojekte reif machen.

Das Leitbild des Baugesetzbuches ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Wenn der Weg zur Erreichung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – wie das Baugesetzbuch postuliert – die soziale Mischung und nicht Segregation ist, braucht der Stadtbezirk Nord-Prag dringend ein bisschen Glamour, ein bisschen Luxus bis zur Erschließung eines neuen Viertels am Schlosspark auf ehemaligem Bahngelände, und mehr Sozialwohnungen in Sillenbuch und Degerloch.

Sebastian Sage
Bezirksbeiratsfraktion der SPD
in Stuttgart-Nord

- aktuellen und geplanten Aktivitäten bei der Entwicklung des Rosensteinviertels
- Rahmenterminplanung bei der Projektrealisierung
- Umfang der geplanten Bürgerbeteiligung und weiteres Vorgehen
2. Vorstellung der Planungskonzeption „Stadtteil Rosenstein: sustainable – gemischt – sozial“ durch den Autor, Herrn Uwe Stuckenbrock, im Bezirksbeirat Stuttgart-Mitte als Impuls für weitere Planungs- und Umsetzungsaktivitäten.
3. Die Stadt bindet den Bezirksbeirat Stuttgart-Mitte in die weiteren Planungs- und Umsetzungsaktivitäten ein und erstattet regelmäßig Bericht.
4. Dazu berichtet die Verwaltung ausführlich zu allen einschlägig aus dem Gemeinderat gestellten Anträgen in einer gut verständlich dargestellten Zusammenfassung:
- 203/2014 – 18.07.2014: Wäre eine Internationale Bauausstellung (IBA) im neuen Rosensteinquartier eine Chance für Stuttgart?
- Gemeinderatsfraktionen von CDU, SPD, Freie Wähler, FDP-Gemeinderatsfraktion
- 187/2014 – 27.6.2014: Rosensteinviertel: Erst Klarheit schaffen
- 121/2014 – 1.4.2014: Rosenstein: Wird das überhaupt was?
- SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft
- 95/2014 – 21.3.2014 Sozialraum Rosenstein: Der richtige Zeitpunkt
- SPD Gemeinderatsfraktion
- 380/2013 – 13.9.2013 Die Zeit vergeht schneller als man denkt!
- CDU-Gemeinderatsfraktion

Forderungen des Ortsvereins Nord/Prag an den neuen Nahverkehrsplan der Stadt Stuttgart

1. Gäubahnstrecke für den ÖPNV sichern!
2. Bedienung der U-Bahn-Station Killesberg wieder alle 10 Minuten
3. Beibehaltung der U-Bahn-Strecke durch die Friedhofstraße auch nach Eröffnung der neuen Strecke der U 12 über den Budapester Platz/Führung einer zweiten Linie durch die Nordbahnhofstraße
4. Nachrüstung eines Aufzugs am S-Bahnhof Nordbahnhof am Eingang Nordbahnhofstraße
5. Bessere Anbindung des Stuttgarter Nordens nach Mitternacht
6. Bessere Anbindung des Killesberg-Freibads und des Wohngebiets Friedrich-Ebert-Straße/Schönblick an den Öffentlichen Nahverkehr
7. Freie Fahrt für Kindergärten und Schulen
8. Nutzung der Fernbahntunnelröhre des Pragtunnels für einen Radweg Nordbahnhof – Feuerbach

Zur Begründung im einzelnen:

1. Die Gäubahn darf nicht abgebaut werden, sondern muss als Schienenstrecke erhalten bleiben und mit sinnvollen Haltestellen versehen werden, die Verknüpfungen zu bestehenden Linien bieten und interessante Wohn- und Ausflugsgebiete erschließen. Das könnten sein: Eckartshaldenweg, Mönchhaldenstraße, Azenbergstraße, Zeppelinstraße, Westbahnhof, Hasenberg, Rudolph-Sophien-Stift für die Ausflugsgebiete Richtung Rotwildpark und Bärenschlössle.
2. Mit einem 20-Minuten-Takt ist die U-Bahn-Anbindung des Killesbergs unattraktiv. Insbesondere im Freizeitverkehr stellt die U 5 so keine Alternative zum Pkw dar. Eine sinnvolle zweite Linie neben der nach Leinfelden wäre eine Direktverbindung über Plieningen hinaus zur Uni Hohenheim über eine Gleisverbindung am Bahnhof Möhringen vorbei.
3. Das zu erwartende Fahrgastaufkommen in der Nordbahnhofstraße rechtfertigt die Führung einer zweiten Linie durch das Pragviertel. Schon in wenigen Jahren werden die Einwohnerzahlen durch die Neubauvorhaben an der Ecke Nordbahnhof-/Eckartstraße, auf dem Opel-Staiger-Gelände und das Studentenwohnheim neben der Agentur für Arbeit drastisch steigen. Es wäre auch sinnvoll, die nördlichen Stuttgar-

ter Stadtteil wieder besser an Steinbeisschule, Ufa-Palast und Agentur für Arbeit anzubinden. Zugleich bliebe der beliebte Zugang durch den Haupteingang des Pragfriedhofs mit dem ÖPNV erschlossen. Der Bahnsteig an der Friedhofstraße wurde 2007 mit Zuschüssen des Landes gefördert; wenn er nicht mehr genutzt wird, drohen Rückzahlungsforderungen.

4. Aus dem Bereich Nordbahnhofstraße ist der S-Bahnhof stufenfrei nur über Umwege von z.T. über 600 Metern über den nördlichen Zugang erreichbar. Das kann für Mobilitätseingeschränkte einen Zeitverlust von bis zu einer Viertelstunde bedeuten und ist nicht akzeptabel.



5. Ab Hauptbahnhof fährt die letzte S-Bahn sonntags bis donnerstags um 0.23 Uhr Richtung Norden, die letzte U-Bahn täglich um 0.37 Uhr. Das reicht nicht einmal für Anschlüsse von den letzten Fernzügen, die in Stuttgart Hbf ankommen. Nachtbusse fahren zum Killesberg ab Rotebühlplatz nur dreimal wöchentlich und erst kurz vor 2 Uhr nachts. Das Nordbahnhofviertel wird nur auf der Rückfahrt nach einer langen Schleifenfahrt bedient. Wir fordern die Ausweitung der täglichen Betriebszeit der U-Bahn um mindestens eine halbe Stunde sowie die Führung einer direkten Nachtbuslinie durch die Rosensteinstraße.

6. Von der Haltestelle „Höhenfreibad“ aus ist es immer noch ein erheblicher Fußweg bis zum Freibadeingang, der v.a. für Familien mit kleineren Kindern oft abschreckend wirken dürfte. Außerdem wird diese Haltestelle an Sonn- und Feiertagen gar nicht bedient. Zugleich stellen die großen Höhenunterschiede zu den nächsten Stadtbahnhaltestellen für die älter werdende Bevölkerung im Gebiet Friedrich-Ebert-Straße ein zunehmendes Problem dar. Wir fordern die Einrichtung einer Kleinbus/Midibus-Ringlinie Pragsattel – Mia-Seeger-Straße – Friedrich-Ebert-Straße – Weißenhof – Killesberg – Feuerbacher Weg – Freibad – Maybachstraße – Pragsattel.

7. Wenn Kindergärten und Grundschulen für Ausflüge und Exkursionen keine Fahrausweise mehr benötigen, sinkt die Hemmschwelle für Erzieherinnen und Lehrer, mit Kindern aus benachteiligten Quartieren unterwegs zu sein. Neben dem Verwaltungsaufwand schreckt teilweise auch das Problem ab, dass das Fahrgeld von den Kindern bzw. deren Eltern kaum einzutreiben ist.

8. Mit S 21 wird nur noch die eine Röhre des Pragtunnels für den Eisenbahnverkehr benötigt - die Fernbahngleise nutzen ja dann einen neuen Tunnel unter Killesberg. Das ist die Chance für eine attraktive und Höhenmeter sparende Fahrradverbindung von Feuerbach zum Nordbahnhof und weiter in die Innenstadt!

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere Stadtteilzeitung ist diesmal umfangreicher als gewohnt. Die SPD-Bezirksbeiratsfraktion in Stuttgart-Nord hat in letzter Zeit mehrere Anträge gestellt, die wir für richtungsweisend halten: Wie die Wagenhallen künftig aussehen, das wird den Charakter des ganzen neuen Stadtviertels im Inneren Nordbahnhof bestimmen. Die „Soziale Stadt“ könnte eine Möglichkeit sein, der Verdrängung der angestammten Mieter im Nordbahnhofviertel Einhalt zu gebieten – die früheren Eisenbahnerwohnungen sind gerade schon wieder verkauft worden. Und wie das künftige Rosensteinviertel auf dem Gelände des Abstellbahnhofs einmal aussehen wird, wird sich in den nächsten Jahren entscheiden. Diese Anträge haben wir für sie beige-

fügt. Dazu kommen unsere Forderungen für die Fortschreibung des Nahverkehrsplans, der jetzt ansteht. Wir hoffen, dass sie Ihr Interesse finden. Zwei Themen, die auch für den Stuttgarter Norden von großer Bedeutung sind, fehlen: Flüchtlinge – bei dem Thema kommen wir als gelegentlich erscheinende Zeitung mit langen Vorlauf- und Bearbeitungszeiten der sich überschlagenden Sachlage einfach nicht hinterher. Und die Beeinträchtigungen für die Baustellenanwohner durch Stuttgart 21. Dazu hat die SPD-Bezirksbeiratsfraktion schon vor fast einem Jahr einen größeren

Antrag gestellt, in dem es vor allem darum ging, was die Stadt unternehmen will, um die Anwohner so weit es eben geht zu schützen. Die Antwort der Stadtverwaltung kam erst nach vielen Monaten und ist sehr enttäuschend: Man versteckt sich hinter Bahn und Planfeststellungsbeschlüssen. Auch hier wollen wir am Ball bleiben.

Ihr
Gottfried Schmitt